

**Haushaltsrede Matthias Diefenbacher**  
**Fraktionsvorsitzender "Die Heidelberger"**  
**01.12.2016**

Sehr geehrter Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herrn Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Normalerweise mag ich keine Reden, die mit Zitaten beginnen.

Davon gibt es nur dann eine Ausnahme, wenn es sich um ein Zitat von Karl Valentin handelt.

Karl Valentin hat unter anderem den Satz gesagt, "Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit". Wir Heidelberger wollen, und dies ist gleichzeitig so etwas wie der Obersatz bzw. das Ergebnis unserer Haushaltsberatungen, diesen Satz wie folgt abwandeln: "Kunst ist schön, wenn man sie sich leisten kann".

Diesen Satz würde ich gerne als Motto meinen Ausführungen voranstellen.

Denn nur was wir uns solide finanziert leisten können, können wir auch umsetzen.

Was ist uns besonders wichtig?

1. Die **Neuverschuldung so gering** wie möglich zu halten und für eine Verbesserung der Einnahmenseite zu sorgen.

Es ist angesichts der Neuverschuldung kein Platz für ungedeckte Erhöhungsanträge.

Insbesondere nicht zu Lasten nachfolgender Generationen.

Die **Einnahmenseite** ließe sich u.a. dadurch verbessern, dass weitere Wirtschaftsflächen ausgewiesen, Bürokratiehemmnisse abgebaut werden und in Zukunftsprojekte wie das Kongresszentrum oder die Großsporthalle investiert wird, die die Attraktivität der Stadt erhöhen und dadurch Einnahmen generieren.

2. Die Erfüllung der Pflichtaufgaben geht vor Bewilligung freiwilliger Leistungen.

3. Die Entwicklung der Konversionsflächen und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

4. Die Fortführung der Schulsanierung (die natürlich immer noch deutlich schneller gehen könnte, Stichwort Hölderlin und Berufsschulen),

5. der Ausbau der Kinderbetreuung und umfassende Angebote für die gesamte Familie, wozu auch Gesichtspunkte wie das Wohnen im Alter und jegliche, auch finanzielle Unterstützung der älteren Generationen gehören.

6. Auch uns beschäftigt – wie die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs – die Organisation des Straßenverkehrs unter Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer,

so lange sie sich an Recht und Gesetz halten.

Hinzugekommen ist hierbei aufgrund aktueller Entwicklungen das Thema der **Verkehrssicherheit**, insbesondere für die Kleinsten.

Es wird niemanden verwundern, dass wir uns für die Weiterführung des **Straßensanierungsprogramms** einsetzen.

Hierbei erreichen uns aus allen Stadtteilen Wünsche, die jedoch insbesondere aufgrund der Kapazitäten bei Planung und Tiefbau nur in einer bestimmten und zwar durchaus in der durch die Stadtverwaltung vorgelegten Reihenfolge abgearbeitet werden können.

Wir fordern – ebenfalls wie weite Teile der Bevölkerung und des Gemeinderats – **mehr Kontrolle im Straßenverkehr**, wodurch durchaus auch mehr Bußgelder und eine höhere Rentabilität des Gemeindevollzugsdienstes erreicht werden können.

Wir denken hierbei – was nicht notwendigerweise mit Haushaltserhöhungen verbunden sein muss – an eine **Ausweitung der Kontrollen** insbesondere in den Stadtteilen, nicht nur hinsichtlich der schon üblichen teilweise rücksichtslosen Parkverstöße, sondern auch Verfolgen eines Parkens auf Gehwegen und über Eck an Straßenkreuzungen sowie Parken in zweiter Reihe und Ähnliches.

7. Die Bahnstadt ist weiter verträglich zu gestalten und zu entwickeln.

## 8. Baumaßnahmen:

Auch wir halten die wie im Haushaltsplanentwurf im Vorbericht genannten Einzelmaßnahmen für dringend erforderlich. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Baumaßnahme Gadamerplatz, die Verlegung der Julius-Springer-Schule, die Erweiterung der Marie-Baum-Schule, die Schaffung von dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber, die Modernisierungen und strukturellen Verbesserungen an Schulen sowie die Verbesserung der Betreuungs- bzw. Essenssituation an Heidelberger Schulen sowie die soeben bereits genannte Fortführung der Straßenerneuerungsmaßnahmen.

9. Schließlich hängt unser Herz natürlich noch immer an der "Stadt an den Fluss", die allerdings unter dem Oberbegriff "Neckarorte" bereits ihren Niederschlag im Haushaltsplanentwurf gefunden hat.

10. All diese Maßnahmen finden sich bereits im Haushaltsplanentwurf und sollen mittels einer nicht unerheblichen Neuverschuldung bewältigt werden.

Wie bereits dargestellt sehen wird die Notwendigkeit der im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagenen Investitionen, haben jedoch angesichts des Umfangs der Neuverschuldung erhebliche Bauchschmerzen. Sollten auf uns – wie dies auch der Kämmerer am Ende seiner Haushaltsrede am 27.10.2016 angedeutet hat – Steuererhöhungen zukommen, kann ich – wie auch in allen anderen Haushaltberatungen der letzten Jahre – ankündigen, dass dies mit den "Heidelbergern" nicht zu machen sein wird.

Denn: Schön ist nur, was man sich wirklich leisten kann.

Keine Erhöhungen des „Nice-To-Have“.

Der Grundsatz "Geld hat man zu haben" gilt für uns nicht.

Insofern hat der Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede recht, wenn er das hohe Leistungsniveau in Heidelberg betont und die Schwerpunkte des Haushalts auf Kinder und Jugendliche, Schulen, Bahnstadt, Konversion sowie Wohn- und Wirtschaftsflächen legt. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Heidelberg über zahlreiche Angebote verfügt, die sich andere Städte nicht leisten können. Und schließlich können wir uns seinen Ausführungen in vollem Umfang – und das habe ich mit dem genannten Zitat versucht zum Ausdruck zu bringen – anschließen, wenn er die Auffassung vertritt, dass freiwillige Zuschüsse erst einmal erwirtschaftet werden müssen.

Wir haben daher Abstand von Änderungsanträgen genommen, da wir der Auffassung sind, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann und es keinen Sinn macht, innerhalb des Haushaltsplanentwurfs Gelder von der einen in die andere Tasche umzuschichten.

Es macht keinen Sinn, einem Zuschussempfänger etwas wegzunehmen, nur um es einem anderen zu geben, weil uns der andere vielleicht etwas sympathischer ist als der eine.

Deswegen denken wir, dass auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten alles so bleiben kann, wie im Haushaltsplanentwurf vorgesehen.

Gerechtigkeit besteht für uns auch darin, keinen zu bevorzugen.

Es ist keinesfalls so, dass es ein Automatismus ist, dass jede Fraktion krampfhaft Änderungsanträge stellen muss, nur damit Änderungsanträge gestellt sind.

Und weiter ist es kein Automatismus, dass Änderungsanträgen nur deshalb nachgegeben werden muss, nur weil sie da sind.

Im Übrigen kämen wir niemals auf die Idee, Zuschüsse zu gewähren, deren Berechtigung nur durch inhaltsleere Worthülsen begründet werden. Und ich habe in den letzten Wochen **mehr als einen** solcher Anträge gelesen.

Deshalb haben wir uns entschlossen, diesmal keine Änderungsanträge einzubringen. Der Haushaltsplanentwurf ist für uns ausreichend ausgewogen.

Wir würden gerne mehr sparen, als mehr Erhöhungsanträge zu stellen.

Es geht uns gut – wir leisten uns viel!

Und gejammert wird auf einem überaus hohem Niveau!

Wenn, wo hätten wir gerne etwas geändert?

Natürlich hätten wir gerne unser Projekt "Stadt an den Fluss" finanziell besser ausgestattet als dies derzeit der Fall ist. Wir halten jedoch die Planungsrate von 100.000,00 EUR für das Projekt "Neckarorte", die bereits im Haushalt vorhanden ist, für derzeit ausreichend.

Gleiches gilt für den "Masterplan Neuenheimer Feld".

Beide Projekte gehen uns nicht schnell genug, wir wollen derzeit jedoch damit zufrieden sein, dass die Projekte überhaupt in Angriff genommen worden sind und nunmehr durchgeführt werden. Wenn wir **unter den Jahren** für Beschleunigung sorgen können, sind wir sofort dabei.

Es wird auch niemand verwundern, dass die 5. Neckarquerung für uns nach wie vor wünschenswert ist. Natürlich würden wir die 5. Neckarquerung lieber heute als morgen bauen. Haushaltsmittel jetzt **alleine dafür** bereitzustellen würde jedoch einen derzeit unredlichen Vorgriff auf den "Masterplan Neuenheimer Feld" bedeuten.

Kosten für Erhaltungssatzungen und entsprechende Planungen können aus unserer Sicht vollständig entfallen, da wir nach wie vor die Auffassung vertreten, dass es sich bei Erhaltungssatzungen um unsachgemäße Eingriffe in Eigentumsrechte handelt.

Auch Kosten für Bürgerbeteiligung sollten nur dort entstehen, wo Bürgerbeteiligung konkret sinnvoll ist. Nicht jedes noch so kleine Projekt erfordert eine zeit- und kostenaufwändige Bürgerbeteiligung.

Schließlich regen wir dringend an, auch vor dem Hintergrund der zahlreichen Vergleiche anlässlich der Haushaltsklausur zwischen dem vorangegangenen und dem jetzigen Haushalt, zu überprüfen, ob jeder Antragsteller tatsächlich Erhebungsbedarf hat. Es konnte immerhin nachgewiesen werden, dass Antragsteller 2015/2016 weniger verbraucht haben, als zuvor beantragt. In diesen Fällen ist nicht einzusehen, warum – mehr oder weniger standardmäßig – nun Erhebungen tatsächlich durchgeführt werden sollten.

Wir sind der Auffassung, dass sämtliche Institutionen, die Nutznießer freiwilliger Leistungen der Stadt Heidelberg sind, zunächst ihre Projekte durchleuchten, Sparpotential entdecken und dieses gegenüber der Stadtverwaltung darlegen sollten. Nicht jeder Empfänger freiwilliger Leistungen der Stadt Heidelberg ist von vorneherein und mit schöner Regelmäßigkeit auf die immer gleichen Leistungen und sogar noch Erhebungen angewiesen. Zahlreiche Vereine in Heidelberg, insbesondere die Stadtteilvereine, müssen ohne eine geschäftsmäßige Infrastruktur auskommen, weil große Teile der Arbeiten durch ehrenamtlich tätige Mitglieder ohne Vergütung erledigt werden. Hier käme niemand ernsthaft auf die Idee, zur Erledigung der Geschäfte der Stadtteilvereine, Sportvereine und Traditionsvereine einen hohen Personalaufwand erst zu schaffen und dann zu finanzieren.

Abschließend gehen wir daher davon aus, dass es allen Leistungsempfängern im Haushaltsplanentwurf möglich und zumutbar ist, mit den gewährten Leistungen und Zuschüssen auszukommen und eher noch Einsparpotential darzulegen.

Heidelberg ist spitze und gut aufgestellt. Und das soll auch so bleiben.

Damit es so bleibt, dafür steht dieser Haushaltsplanentwurf im Großen und Ganzen. Auf dieser Basis müssen wir auch die mittelfristige Finanzplanung ausrichten – ohne Erhebungen, es sei denn, sie seien gesetzlich vorgeschrieben.

Und um mit Karl Valentin zu schließen: Früher war alles besser, sogar die Zukunft!

Sorgen wir durch einen vernünftigen Haushalt gemeinsam dafür, dass die Zukunft Heidelbergs besser bleibt...